

TÄGLICH FLIESSEN  
9'072'000'000 LITER  
RHEINWASSER  
DURCH BASEL.



30.03.2020 Basel ⌚ 4 Minuten Lesedauer

## Basler Freisinnige fordern Soforthilfe für Unternehmen

Auch Selbstständige sollen wie in Baselland A-fonds-perdu-Beiträge erhalten. Die Regierung plant einen anderen Ansatz.



Noch bis mindestens zum 19. April müssen alle Geschäfte, die nicht der Grundversorgung dienen, in Basel und der Schweiz geschlossen bleiben. Bild: Christian Keller

von Christian Keller

Vom Coronavirus betroffene Unternehmen und Selbstständig-Erwerbende haben im Baselbiet

Anspruch auf Soforthilfe. Pro Betrieb zahlt der Kanton – ohne Rückzahlungspflicht – A-fonds-perdu-Beiträge zwischen 7'500 und 10'000 Franken aus (Prime News [↗ berichtete](#)).

Dieses Modell soll in Basel ebenfalls Anwendung finden, fordert am Montag die FDP Basel-Stadt in einer dringlichen Motion.

«Es ist zwingend notwendig, dass auch der Kanton Basel-Stadt den unzähligen Unternehmerinnen und Unternehmern hilft, die aufgrund der Coronavirus-Krise unverschuldet in existenzielle Nöte geraten sind», schreibt die Partei in einem Communiqué.

Prime News erreicht Parteipräsident Luca Urgese am Telefon. «Für Geschäfte und Selbstständig-Erwerbende wie zum Beispiel einen Taxifahrer oder eine Grafikerin, die theoretisch ihre berufliche Tätigkeit weiterführen können, ist die Situation besonders schlimm: Sie erleiden massive Umsatzeinbrüche, können jedoch keine Entschädigung geltend machen», hält er fest.

Deshalb brauche es jetzt umgehend weiterführende Massnahmen. Urgese begrüsst zwar, dass die Kurzarbeit massiv erleichtert und die Aufnahme von Notkrediten bereitgestellt wurde. Gerade das zweite Instrument stosse aber bei Kleinfirmen auf Skepsis.

«Unser Feedback ist, dass viele Betriebe lieber keinen Notkredit beantragen wollen, weil sie sich vor der Verschuldung fürchten. Sie machen sich grosse Sorgen, den Betrag nicht zurückerstatten zu können», so der FDP-Präsident.

## Hohe Arbeitslosigkeit verhindern

Im [↗ Sonntagsblick](#) hatte Finanzminister Ueli Maurer (SVP) zu diesem Punkt erklärt, dass ein Unternehmen in der Lage sein müsse, den Überbrückungskredit in der vereinbarten Laufzeit von fünf bis sieben Jahren abzubezahlen.

«Konkret also muss er jährlich die Unkosten eines halben Monats begleichen. Das muss möglich sein. Wer das nicht kann, ist vielleicht heute schon auf dem falschen Dampfer», hielt der Bundesrat fest.

Urgese kann dieser Argumentation nicht folgen, nennt sie sogar «arrogant». Es sei nun einmal eine «wirtschaftliche Realität», dass viele Geschäfte knapp überlebten – auch deshalb, weil sich die Inhaber tiefe Löhne ausbezahlen.

«In diesen Fällen ist es nicht möglich, Reserven zu bilden. Diese Betriebe, die ja auch AHV-Beiträge bezahlen, einfach im Regen stehen zu lassen, finde ich unfair», sagt der FDP-Präsident.

Hinzu komme der Umstand, dass sich die erlittenen Einbussen kaum kompensieren liessen. Wenn die Anordnungen gelockert und Geschäfte wieder öffnen könnten, würden sie wohl kaum gleich doppelt so viel Umsatz verzeichnen. Die Rückzahlungspflicht der Kredite bliebe aber bestehen.

Urgese sieht die Forderung seiner Partei auch im Hinblick auf andere Szenarien. «Mir ist lieber, der Staat investiert kurzfristig Geld, als dass wir langfristig viel mehr Menschen über die Arbeitslosenkasse finanzieren müssen.»

Deshalb seien A-fonds-perdu-Beiträge analog zum Baselbiet rasch auszubezahlen. Die FDP verlangt in ihrer Motion denn auch eine Soforthilfe «innert Monatsfrist».

## Regierung verfolgt anderes Konzept

Wie kommt die Forderung beim zuständigen Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt an? In der «Schweiz am Wochenende» hatte Wirtschaftsdirektor Christoph Brutschin (SP) bereits angekündigt, dass zusätzliche Massnahmen in Vorbereitung seien und voraussichtlich morgen Dienstag an der Sitzung des Regierungsrates verabschiedet werden (Prime News [↗ berichtete](#)).

Konkret ist offenbar geplant, mit einem zweistelligen Millionenbetrag jenen Berufsgruppen zu helfen, die bislang keine finanziellen Ansprüche geltend machen konnten, obwohl sie wirtschaftlich ebenfalls hart getroffen wurden.

Gemeint sind Selbstständig-Erwerbende wie zum Beispiel Physio- oder Ergotherapeuten, deren Betrieb nicht geschlossen werden musste und die auch nicht kleine Kinder betreuen.

Gegenüber Prime News erklärt Christoph Brutschin auf Anfrage, dass A-fonds-perdu-Beiträge vorgesehen seien, «allerdings nicht in Form von Leistungen einfach für alle.»

Der Wirtschaftsdirektor begründet seine Aussage vor dem Hintergrund, dass durch die Notverordnungen des Bundesrats inzwischen ein wesentlich grösserer Teil Selbstständig-Erwerbender im Fall von Erwerbsausfällen finanzielle Beiträge erhalte.

Inhaber von Unternehmen könnten beispielsweise über die Kurzarbeit eine Pauschalentschädigung geltend machen, während Selbstständige mit Betreuungspflichten oder einem behördlich geschlossenen Geschäft über die Erwerbsersatzordnung Anrecht auf Taggelder hätten.

«Wer weiterhin nicht abgedeckt ist, sind diejenigen Selbständigen, die die oben erwähnten Bedingungen nicht erfüllen: Also, zum Beispiel Physiotherapeuten, aber auch zunehmend gewerblich tätige Selbständige, weil die Kundschaft im Moment niemand in der Wohnung haben will, dann auch Taxifahrer, Grafiker, Werber, Texter», führt Brutschin aus.

Die Idee seines Departements gehe in die Richtung, dass mit gezielten Beiträgen nun auch für diese Gruppe eine Absicherung bereitgestellt werde.

Das Baselbieter Konzept soll aber nicht tel quel übernommen werden. Dort sieht die Regelung vor, dass einerseits alle Unternehmen Anspruch auf die Soforthilfe von 7'500 bis 10'000 Franken haben, «die zum Bezug von Kurzarbeitsentschädigung aufgrund von COVID-19 berechtigt sind».

Geld erhalten im Baselbiet zudem Selbstständig-Erwerbende, die aufgrund einer Massnahme des Bundesrats im Zusammenhang mit dem Coronavirus einen Erwerbsausfall erleiden.

### Weitere Forderungen der FDP

## Verzicht auf Verzugszinsen

Nebst der Soforthilfe für Unternehmen hat die Basler FDP zwei weitere dringliche Motionen eingereicht. So verlangt Grossrat Stephan Mumenthaler, dass der Kanton Basel-Stadt vorübergehend auf Verzugszinsen bei Steuerforderungen verzichtet. Der Bund und der Kanton Basel-Landschaft

hätten diesen Schritt bereits getan.

Ausserdem – so Grossrat Erich Bucher in seinem Vorstoss – müsse der Kanton seine Rechnungen schneller begleichen. Das Zahlungsziel solle vorübergehend auf 10 Tage reduziert werden.

«Mit dieser Massnahme soll Dienstleistern und Lieferanten ohne zusätzliche Kosten schneller Geld zur Verfügung stehen», schreibt die FDP in ihrer Mitteilung an die Medien. (ck)

*Die kostenlose Prime News-App – jetzt herunterladen.*

🔗 [App-Store Apple](#)

🔗 [Google Play](#)



## **Christian Keller**

Gründer und Chefredaktor

[Mehr über den Autor](#)